

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker  
und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60.

Aboonements-Bestellungen, Anzeigen u. sind an  
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Dienstag abends 7 Uhr.

Nummer 19.

Ausgabe

Berlin, den 18. Mai 1906.

43 000

7. Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis.

**Innere Reformen.** — **Über die Baukonjunktur 1906.**  
**Hausbau:** Der Anschluß der Steinarbeiter. Die Maifeier und deren Nachwesen. **Gesellschaft für Soziale Reform.** — **Aus unserer Bewegung.** — **Verbaudnachrichten:** Dortmund, Köln, Ruhrort, Hamm i. W., Rheindorf, Aus der Pfalz, Aachen, Düsseldorf, Hörde, Lohne, Westhausen, Gassel, Bochum, Danzig, Baumfall. — **Belanntmachungen.** — **Versammlungs-**kalender. — **Anzeigen.**

## Innere Reformen.

I.

Der äußere Fortschritt, den unser Verband in der einen Zeit gemacht hat, berechtigt uns, hoffnungsvoll in die Zukunft zu schauen. Freilich dem Eisernen Zeitalter und langjährigen Verfechter unserer Organisationsarbeit derselbe eigentlich nichts Neuerstauchendes, denn unwechselhaft mußte die langjährige, beharrliche Agitationsarbeit diesen Erfolg haben, oder es wäre kein Rechenschaftsbogen mehr für dieselbe vorhanden gewesen. Letzteres ist aber nicht der Fall, indem noch ungezählte Massen arbeitender Arbeiter in fast allen Landesteilen Deutschlands unorganisiert sind und andererseits ihre prinzipiellen Ausschauungen sie früher oder später uns aus anderen Organisationen zuführen werden.

Doch dieser guten Aussichten, die uns also noch offen stehen, wäre es ein Unheil, wollten wir jetzt optimistisch in die Zukunft schauen, denn unsere Konstellation im Baugewerbe wird mit unserem Wachstum eine immer zuverlässigere und verantwortungsvollere.

Auch lehrt uns die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, wie oft durch ungeahnte Ereignisse abende, starke Organisationen nach jahrlangem Beleben in fast nichts zurückfielen und nur vegetierten.

So hatten die von Dr. Schweizer 1868 gegründeten sozialdemokratischen Verbände 1869 bereits 35 000 Mitglieder, während 1871 sie auf 4257 Mitglieder zurückgegangen waren. Nachdem 1875 in Gotha die sozialdemokratischen Richtungen in zwei Lagern, sich vereinigt hatten, blieben sie 1878 etwa in 30 Verbänden 49 055 Mitglieder. Also zehn Jahre und zwei Richtungen, trotzdem so ein unglaublicher Fortschritt!

Und es hat bereits 34 Jahre insgesamt in Anspruch genommen, bis die "freien" Gewerkschaften auf dem alten Städter Kongress 1892 etwas über 300 000 Mitglieder zählten.

Man mag einwenden, daß das Sozialistengesetz und die Ungeschultheit der Massen schwere Bremsen und Hemmung gewesen seien, sicher ist, daß der Boden für die "freien" Gewerkschaften ein viel günstigerer war, wie für die christlichen Gewerkschaften, insbesondere auch für unseren Verband 1899. Einmal waren eine beträchtliche Zahl von örtlichen Gesellen- und Arbeitervereinigungen in den meisten Städten noch vorhanden aus der Bruderlaus- oder Gewerkszeit. Sie brauchten nur reformiert und zentralisiert zu werden. Andererseits fehlten die Konkurrenzorganisationen und war es kein dauernder Verlust, wenn der eine oder andere Verein eine Zeitlang verschwand, indem er stets wieder geweckt werden konnte.

Was aber am günstigsten für die Organisation war, das war das Fehlen entsprechender Arbeitgeberorganisationen und ihre hundende Macht, wie vor allem die unkontrollierbare Streikmethode, die bei den starken Verbänden doch selten einen Rückgang der Mitglieder brachte, sondern stets der sozialdemokratische Klassengeist als neu lebendes Element benötigt wurde.

Die ganzen Verhältnisse haben heute eine vollständige Aenderung erfahren, und sie machen das Bestehen und Vorwärtsdringen der einzelnen Gewerkschaftsgruppen bedeutend schwieriger wie ehedem, wenn man sich diesen neuen Verhältnissen nicht anpaßt; das zeigen eklant die versteinerten Hirsch-Dünkerschen Gewerkvereine.

Diese neuen Verhältnisse zu erforschen und sich ihnen anzupassen, ist die Kunst der Gewerkschaftsleiter und vor allem der Agitatoren. Die gegenwärtige Konstellation unseres Verbandes, sagten wir einseitig, werde eine stets schwierigere und verantwortungsvollere, freilich auch einsichtsreichere — je stärker er würde.

Stimmt das? Wir wollen kurz die Gründe streifen, denen unsere Ausschauungen füßen. Einmal kommt in Betracht, daß die "freien" Gewerkschaften bedeutend älteren Datums sind wie wir, infolgedessen auch inneren Entwicklungsprozeß meist durchgemacht haben, der oft Schwächerperiode zeigte.

Sie haben einen großen Apparat von Vertreutengen, Beauftragten, einer straffbaren Geschäftsführung, infolge langjährigen Schulung und teilweise gut fundierte

Dann haben sie einen mächtigen und vor allen Augen stulpellosen Bundesgenossen, die sozialdemokratische

Das ist ein Grund, der von uns wohl beachtet und erwogen sein will und vor allem ein Umstand, nach dem sich unsere Taktik in der Agitation und in der Einrichtung des Verbandes richten muß. Wir müssen doppelt fest und gekräftigt sein, weil der Ansturm der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung nach zwei Fronten gegen uns erfolgt, einmal gegen uns als christliche Gewerkschaften und der Ansturm ist materiell berechnet, und einmal der Vorstoß gegen unsere glaubige Überzeugung als Christen und der ist idealer und politischer Natur. Also einmal Christen, einmal Kulturmampf ist es, den wir abzuwehren, den wir zurückzudrängen haben, wenn wir vorwärts wollen.

Fürwahr ein schwerer Kampf, wenn man noch die Wahlosigkeit der Mittel des Gegners betrachtet, welche uns nicht zum Gebrauch dienen können. Einzelheiten anzuführen, haben wir hier nicht nötig, stehen wir doch mittler in der Praxis. Schon die kurze Fixierung dieser Tatsache möglicht ihr uns ausschlaggebend sein, um die innere Festigung des Verbandes zu vervollkommen. Doch außer ihr kommen ebenso schwerwiegende Gründe in Frage, und das ist die Gestaltung des Tarifwesens, wie das Wachstum und die neue Taktik der Arbeitgeberverbände. Beides hängt zusammen.

Die Tarifverträge, die Frucht oft jahrelanger, hartnäckiger Kampfes, schufen die Schuh- und Abwehr-, wie Angriffsvereinigungen der Arbeitgeber. Der Gang der wirtschaftlichen Dinge, wie der Trieb der Zeit zentralisierte auf beiden Gebieten, Tarif und Unternehmerverband, und voraussichtlich kommt bald die Zeit, wo die Unternehmerverbände eine ebenso strenge zentralistische Form annehmen, wie die Organisationen der Arbeiter; auch im Tarifwesen werden sich mit diesem Ereignis die örtlichen Grenzen lösen. Dieses einsehen und durchdenken, heißt die völlig neue Stellung der Gewerkschaften erkennen. Praktische Beispiele sind schon der Tarif im Maingebiet für alle Bauberufe, wie der größte Tarif im rheinisch-westfälischen Industriezentrum, dem sich schon ein beträchtlicher Landesteile außerhalb des sen angegliedert hat. Weiter im Osten, im schlesischen Industriegebiet. Wenn auch der bestehende Tarif dort selbst als ein solcher nicht gelten kann, wenn er auch außerdem nur auf dem Papier steht, weil die Voraussetzungen zur Praktifizierung fehlen, — der Beweis ist da, daß man auch hier der Tarifverweiterung gewogen ist. Rechte bringen Pflichten, und je größer das Interessen- und Rechtsgebiet, umso größer die Pflichten und der Aufwand von Kraft, um das Geworbene zu wahren.

Aber geradezu außergewöhnlicher Energie bedarf es in Zeiten des wirtschaftlichen Kampfes, wenn die Position verbessert werden soll, seitens der Gewerkschaften! Das dürfte einleuchten! Ein Umstand, der auf die Gewerkschaften noch verstärkt einwirken muß, in diesem Sinne, das ist der feindliche Geist gegen dieselben, der sich in der neuen Taktik der Arbeitgeberverbände offenbart. Die Gründe dieses feindlichen Auges sind uns ziemlich klar. Einmal ist es die Reaktion, die sich aufbaut, ihr Trieb ist das Herrenmenschentum, ein andermal ist es die Angst der Alten, welche den Bruch mit der altüberlieferten Tradition endgültig befürchten und nun noch einmal zur Kraftprobe greifen, um dieses abzuwenden.

Umsomehr greifen die Scharfmacher zur Aggressivität und Offensive, weil sie von der Staatsregierung ihre Wünsche nicht erfüllt sehen. Wünsche, die das Sozialistengesetz und die politische Entrechtung des Arbeiters herbeisehnen. Doch ungerecht und einseitig wären wir, wollten wir den Unternehmern und ihren Hinternern, den reaktionären Politikern, die Schuld allein beimessen.

## Über die Baukonjunktur 1906

Schreibt der Berliner "Arbeitsmarkt": Bei der Beurteilung der Baukonjunktur im laufenden Jahre sind Beschäftigungsgrad und Aussichten scharf einander zu halten. So günstig auch die Aussichten für Bautätigkeit geschildert werden, so ist doch nicht zu verkennen, daß die Frühjahrsbelebung in diesem Jahr später als in den beiden Vorjahren eingefehlt hat. Nach im März, in dem sowohl 1904 als auch 1905 schon rege, teilweise sogar schon flott gebaut wurde, war die Biederaufnahme der Bautätigkeit recht ungleichmäßig. Vielfach herrschte noch ziemliche Ruhe im Baugewerbe, da die unfreundliche, wechselnde Witterung die Arbeiten im Freien hemmte. Der Einfluß der Zeitung machte sich besonders in Süddeutschland geltend, in Nord- und Mitteldeutschland lagen die Verhältnisse günstiger. In Ost- und Westpreußen herrschte schon früh rege Bautätigkeit; ein vierzehntausend Arbeitsfeld eröffnet sich dem Baugewerbe hier durch die starke Ein- oder Rückwanderung aus Russland. In Thorn und den anderen großen Städten Westpreußens wird so lebhaft gebaut, daß die Nachfrage nach Ziegeln die des Vorjahres weit übersteigt. Die Ziegelhersteller versiegeln trotz flotter Produktion Anfang April über Vorrate von nur 4 Millionen Ziegeln gegen 6 Millionen im Vorjahr. Besonders stark ist der Bedarf der königlichen Ansiedlungskommission. Nicht Thorn wiesen noch Danzig, Brandenburg, Königsberg eine flotte Bautätigkeit auf; nur in Stettin war sie noch sehr matt. Auch in Dömitz wurde schon richtig gebaut, so daß die Materialpreise eine

Steigerung erfuhrten. Dagegen sind in der Provinz Brandenburg trotz geringer Beschäftigung die Preise für Ziegel noch etwas heruntergegangen. Neuerdings befriedigend entwickelte sich das Baugewerbe in Schleswig-Holstein, allerdings mußten infolge der lebhaften Nachfrage auch die Baumaterialien wesentlich teurer bezahlt werden als im Vorjahr. Ganz außerordentlich lebhaft wird in Kiel gebaut und trotzdem noch eine weitere Beliebung erwartet; in Lübeck befinden sich ebenfalls nicht nur unsangreiche Bauten in der Fertigstellung, sondern es stehen auch mehrere große Neubauten in Aussicht. Nicht so günstig liegen die Verhältnisse in der Provinz Schlesien. Nur in Breslau machen sich Anzeichen einer lebhafteren Bautätigkeit bemerkbar und verursachen eine Preissteigerung für Baustoffe. Dagegen ist in Bremen, Glogau und Görlitz noch nichts oder nur wenig von der übernahme der Bautätigkeit zu spüren. Sowohl in Bremen als in Görlitz sind auch die Aussichten auf eine baldige Beliebung sehr gering, während in Glogau zwar in letzter Zeit, teilweise infolge der ungünstigen Witterung, nur wenig Neubauten in Angriff genommen wurden, aber für die nächste Zeit eine durchgreifende Besserung erwartet wird. Die bisherige Durchhaltung der Unternehmung ist hauptsächlich infolge von Spekulation entstanden, da die Bauunternehmer vielfach auf einen Rückgang der Bodenpreise rechnen. Außerordentlich flott wird im Baugewerbe Rheinland-Westfalen. Sicherlich ist dies eine unfreiwillige Ruhe, die im letzten Jahre im rheinisch-westfälischen Baugewerbe durch die Auspferzung der Bauarbeiter hervorgerufen war, begünstigt nun den Beschäftigungsgrad im laufenden Jahre um so mehr. Sowohl Privatbauten, als auch Geschäftsbauten und öffentliche Gebäude sind schon zahlreich in Angriff genommen worden. In Württemberg, Bayern, Thüringen ist die Bautätigkeit im allgemeinen noch matt. In Würzburg, Passau ruhte die Arbeit bei der schlechten Witterung fast vollständig. In Stuttgart und München, die schon in den letzten Jahren unter einer unbeschreibenden Baukonjunktur litten, ist noch immer keine durchgreifende Besserung zu spüren. Neger wurde nur in Goslar und Erfurt gebaut; in Erfurt besonders ist in Anbetracht der lebhaften Nachfrage nach Baustoffen eine Zunahme der Bautätigkeit zu erwarten.

## Rundschau.

Der Anschluß der Steinarbeiter an unsern Verband veranlaßt das Organ des sozialdemokratischen Steinarbeiterverbandes, den christlichen Gewerkschaften Unfähigkeit und wenig Geschick in Bezug auf die Organisation der Steinarbeiter vorzuwerfen. Nun, idealvoll, darüber sind wir uns längst klar, war der bisherige Zustand in Sachen der Steinarbeiterorganisation nicht. Die Gründe zu erörtern, ist unnütz. Wir müssen aus der Zeit für die Zeit lernen. Aber wenn jemand wenig Recht hat, den christl. Gewerkschaften ungeschickt vorzuwerfen, dann jedenfalls die sozialdemokratischen Verbände. Speziell der Steinarbeiterverband, ein Kind in der Gewerkschaftsbewegung, der innerlich und äußerlich der Festigkeit entbehrt; darüber können alle großen Worte im Verbandsorgan nicht wegfallen! Und daß die Interessenvertretung der christl. Steinarbeiter bis jetzt in den verschiedenen christl. Organisationen noch immer besser gewahrt war, wie im sozialdemokratischen Verbande, das zeigt wohl die bisherige Praxis derjenigen. Also lieber "Steinarbeiter", nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glaßhause sitzt. Auch ist der "Steinarbeiter", wenn er meint, wir werden ihn bekämpfen, nichts weniger als das. Unser Prinzip, und das erkennen selbst unsere erbitterten Gegner an, die Interessen der christlichen Arbeiter nach Kräften zu vertreten, werden wir auch auf die Steinarbeiter, wie bisher, übertragen. Wenn aber der "Steinarbeiter" die Auflösung der christl. Arbeiter, daß die "freien" Verbände nur Agitationsmühlen der Sozialdemokratie sind, daß die Interessenvertretung nur Mittel zum Zweck ist, Bekämpfung nennt, ja, dann wird er auch uns bald als Gegner bezeichnen. Falls aber der Steinarbeiterverband die Absicht hat, die Interessen der sozialdemokratischen Verbündeten ernstlich zu vertreten, dann kann er uns stets — wenn er objektiv handelt — als Verbündeten finden, wenn christl. Steinarbeiter bei uns organisiert, in Frage kommen.

Die Maifeier und deren Nachwesen. Nach meinen Erfahrungen hat bisher die Arbeitsruhe am 1. Mai in den Gewerkschaften gewirkt, wie ein Fremdkörper im menschlichen Organismus". Gegen den Beschuß des letzten internationalen Kongresses, die Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben, müssen wir Stellung nehmen und unumwunden und konsequent erklären, ist ein gewerkschaftliches Aktionsmittel.

"Ich meine, wir müssen hier erklären, daß die Maifeier, in welcher Form sie auch begangen wird, jedenfalls ein gewerkschaftliches Aktionsmittel ist, daß aber die Arbeitsruhe am 1. Mai als Programmpunkt der Gewerkschaften eine vernünftige Taktik der Gewerkschaften systematisch untergräßt."

So redete auf dem Cölner Kongress 1905 August Bringmann (Zimmerer). Trotzdem die Maifeier gegen eine "vernünftige Taktik" in der Gewerkschaftsbewegung ist, haben die freien Gewerkschaften dieses Jahr fast ausnahmslos den unvernünftigen Kummel mitgenommen. Also haben die Führer in Cölner Strog gedroht!

Der Umfang der Maifeier war teilweise etwas stärker wie sonst, die Partei hatte dafür gesorgt. Freilich, die Wirkung ist ebenso null, wie alle derartige Komödien. Die Genossen werden glücklichweise kaum noch ernst genommen. Daß der 1. Mai ein ziemlich großes Dasein hat, beweisen die vielen Meldungen unserer Kollegen, daß sie von betrunkenen "Genossen" beschimpft und teils gar mishandelt wurden. Am schlimmsten war es aber einige Tage später in der Rahmenperiode. In Berlin wurden unseren Mitgliedern in den Baubuden die gräßlichsten Schimpfareien an den Kopf geworfen, außerdem Frühsäftereste, Knoblauch usw. Der Hut eines Kollegen wurde wie von Kannibalen zertrümmert. Fünf Knoblauch auf den Tisch genagelt, wurden als die fünf Binden Christ spöttend bezeichnet!

Auf einem anderen Bau wurde dem einen Kollegen von den gebildeten "Fotzen" die Kelle geraubt, er mit Kell beworfen, mit Schimpfworten; den christlichen Kunden mitteilt man eine Bombe in den Hintern stecken; regulär und ihm dann der Kermel seines guten Koches halb abgeschüttelt. Das sind so einzelne Bilder, sie zeigen die Verrohung, welche die Sozialdemokratie den Arbeitern angeholt hat. Pfui!

Die materiellen Nachweisen der Malposse scheinen auch ziemlich großen Umfangs zu sein. So wurden in Nürnberg in den Siemens-Schuckert-Werken circa 5000 Arbeiter, denen von den roten "Führern" vorgezogen worden war, sie hundertstausend ausgesperrt. Also ein Verrat der Arbeiter, wie er kaum bis heute vorgekommen ist. Für solche Hallunken wäre die Prigelstrafe das einzige Mittel, um ihnen solche Streiche einzutragen.

In Berlin sind circa 25 000 Arbeiter ausgelöscht, teils werden sie überhaupt nicht wieder eingestellt. — In Hamburg etwa 15 000, in Leipzig etwa 3000, teilweise auf 14 Tage.

Das sind nur kurze Herausgriffe aus der großen Summe, von Glanz, welches der Weltfeiertag im Gefolge hat.

Es wird eine Zeit kommen, wo es den Anhängern der Maister exegieren wird, wie den Danton, Marat, Robespierre usw. in Frankreich; die Verführten werden die Lehren der Führer dieser am eigenen Leibe fühlen lassen.

Im übrigen ist die Maister ein Grabnieder der Intelligenz des sozialdemokratischen Proletariats!

**Gesellschaft für Soziale Reform.** Vorstand und Ausschuss hielten unter dem Vorsitz des Freiherrn v. Berlepsch am 4. Mai nachmittags und abends Sitzungen im Bureau für Sozialpolitik in Berlin ab. Rundschrift erstatte der Generalsekretär Bericht über die aus Gelehrten und Arbeitern zusammengesetzte Studienkommission der Gesellschaft für Soziale Reform, die gegenwärtig England bereist, um Erfahrungen über das gewerbliche Einigungswesen zu sammeln. Die Kommission ist überall von Bekleidern, Unternehmern, Gewerkschaftsführern, Gelehrten und Politikern sehr freundlich aufgenommen worden. Das Ergebnis ihrer Arbeit soll als Grundlage für die Verhandlungen der 3. Generalversammlung der Gesellschaft dienen. Auf ihrer Tagessitzung steht als einziger Gegenstand: Die Beschaffung von Arbeitsstätten im Kostenbergbau; als Ort wurde Berlin bestimmt, als Zeit der Spätherbst. Die Frage der Arbeitskammern, die die 2. Generalversammlung in Mainz im Herbst 1904 beschäftigt hatte, wird einem weiteren Studium unterzogen. Als neue Aufgabe erachtete der Ausschuss die Unterführung der Versammlungen zur Regelung der Heimarbeit, und zwar wurde hier ein besonderes, in den Regierungsplänen und Reichstagsanträgen mehr zurücktretendes Gebiet gewählt: Die Fragen der Organisation und der Sozialregelung; es wurde eine Kommission bestellt, die im Verein mit wissenschaftlichen Sachverständigen und Interessenten zunächst ein möglichst umfassendes Material sammeln soll. Die Gesellschaft wird wiederum zehn Delegierte zur 4. Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzliche Arbeitsschutz entsenden; die Tagung findet Ende September d. J. in Genf statt und soll behandeln: Gewerblische Güte, Rechtsarbeit der Jugendlichen, Maximalarbeitszeit, Heimarbeit, ausländische Arbeiter in der Sozialversicherung. An Stelle des verstorbenen Dr. M. Hirsch wurde Abgeordneter Waldfriedrich-Berlin zum Delegierten gewählt. Um die verschiedenen Richtungen und Korporationen, die sich der Gesellschaft angehören haben — neuerdings sind z. B. der Verband Deutscher Handlungsgesellschafter (Leipzig), der Werkmeisterverband, der Deutsche Bankbeamtenverein, der Deutsche Techniker-Verband, der Verband der technischen industriellen Beamten usw. beigetreten — besser berücksichtigt zu können, soll die Anzahl der Mitglieder im Vorstand und Ausschuss vermehrt werden, dazu bedarf es der Statutenänderung durch die Generalversammlung. Von den großen Kategorien der Arbeiter, kaufmännischen Gehilfen und technischen Privatangestellten sind jetzt durch ihre Vorstände in der Gesellschaft: Gewerkschaften, Gewerbereine, Arbeitervereine mit rund 650 000 Mitgliedern, Handlungsgesellschaftervereine mit rund 280 000 Mitgliedern, Vereine technischer Privatangestellten mit rund 80 000 Mitgliedern, insgesamt über 900 000 gewerbliche Arbeiter, kaufmännische Gehilfen und technische industrielle Beamte.

## Aus unserer Bewegung.

Zugang von Maurern und Bauhilfsarbeitern ist fernzuhalten von Posen (Auspezung). Christlicher-Neuenahr, Borgdorf i. W., Lauenförde, Calmar, Wolfsbüttel, Hildesheim, Böppingen (Sieg), Rheine i. W., Cöln (Bewegung). Gipper und Anna Thelen in Höll i. Kreis, Gebr. Enthof in Röder i. Hannover. Die Stukkateure streiken in Bonn, die Gipper in Colmar. Gipper sind die Gedächte S. Mösseler, Hamm i. W., Egels, Seid, Gebr. Till und Göttermann in Dagen i. W. Für Steinbauer und Arbeiter ist gelbert die Anna Gipper und Berres in Berlin i. Rachen, die Alexanderhöhe in Bismarckstrasse. In Stettin (Posen) streiken die Steinbauer und Hammer.

In Böppingen befinden sich die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter seit dem 5. Mai im allgemeinen Streit.

### Bezirk Bremen.

Obwohl in einigen Bezirken im allgemeinen dieses Jahr wenig Sozialbewegungen zu führen sind, können wir doch nicht sagen, daß es hier vollständig statt abging. Es kommen hauptsächlich die wesentlichen Dinge außerhalb des Tarifgebietes in Frage. In Soest, wo wir erst vergangenen Herbst eine Verhandlungsstelle gründeten, kam es kurzfristig zur Tarifabschluß, bei welchem die Kollegen für dieses Jahr durchschnittlich 4 Pfg. und nächstes Jahr wiederum 2 Pfg. mehr Lohn erzielen. Ebenfalls wurden die anderen Fragen rasch gezeigt; im besonderten wurde auch die 10-stündige Arbeitstage rasch festgelegt. — In Werther i. Bielefeld kam es ebenfalls zu einer friedlichen Verständigung, welche den Kollegen eine Lohnaussteigerung von 4 bis 5 Pfg. brachte. Zur der Unternehmer Später will sich den Abschlägen nicht fügen, es haben deshalb alle bei ihm beschäftigten 10 Maurer die Auspezung eingereicht. — In Bielefeld und Lippepräge kam es ebenfalls zur Abholzung. In diesen Orten ist ein Betrieb von durchschnittlich 3 Pfg. pro Stunde erzielt worden. — In Bielefeld anderer Kollegen ebenfalls Abschläge gestellt. Es haben bereits Verhandlungen fortgeführt, in welchen es auch zu einer Einigung kam. Die Unternehmer zeigten allerdings noch jegliches Verständnis, daß sie die Abschläge der Kommission ablehnen. Wenn solche Kollegen sich ebenso und im Übereinkommen mit der Organisationsleitung befinden, wird es eine leichte Sache, den sonstigen Unternehmen eine andere Abschaltung des Abschlagsmusters der Arbeitnehmer beizubringen. — In Bielefeld sind Verhandlungen gestellt worden. Die Unternehmer haben in leichter Zeit allerhand Hindernisse unternommen, mit sich an einem Verhandeln mit der Organisation vorbereitet. Es kann ihnen aber nichts nutzen, da die boritägen Kollegen ebenso ehrgeizig wie energisch ihre Sache vertreten werden. — Auch in Bielefeld waren Verhandlungen gestellt. Die boritägen Unternehmer stellten sich dem Arbeitgeberbunde am ersten Februar 1907 am 1. Mai die Einführungskommission über und der Belehrung der Sozial- und Arbeitsbedingungen für Oktobe 1907 sowie dort der rheinisch-westfälische Sitzung angetretenen, mit den Bedingungen für 1906 40 Pfg., 1907 42 Pfg.

### Bezirk Münster.

Die beiden Arbeitgeberungen, die im Münster- und Kreisgebiete in diesem Jahr nicht partizipieren haben, berücksichtigen die Arbeitgeberorganisationen, die Gelegenheit zu benutzen, um auch ihre Organisation einzuführen, denn in fast allen Orten haben sich die Unternehmer dem Arbeitgeber-

verbänden angeschlossen. Im Münsterlande hat der Arbeitgeberverband für das rheinisch-westfälische Industriegebiet in den meisten Orten Ortsverbände ins Leben gerufen. Im Emsland dagegen ist der Arbeitgeberverband für das Weser- und Emsland, Siz. Bremen, vertreten. Unsere Kollegen müssen sich hieran ein Beispiel nehmen und für den Ausbau und die Ausbreitung ihrer Organisation tätig sein. — In Borghorst und Rheine bestehen hauptsächlich noch Differenzen zwischen den Arbeitgeberverbänden und unseren Kollegen. In Borghorst stehen zurzeit 36 Kollegen bei der Firma Rück im Streit, bei zwei anderen Unternehmen ist die Klärung eingetrete. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbundes teilte am 2. Mai in einem Schreiben der Lohnkommission die Gründung des Arbeitgeberverbandes mit, was uns aber nicht hindern konnte, an unseren Beschlüssen festzuhalten. Somit legten am Freitag die Kollegen einstimmig die Arbeit nieder, Kollegen, die 24 Jahre und noch länger dort gearbeitet haben, glaubte man halten zu können; aber nein, mit derselben Begeisterung wie die jungen Kollegen legten auch sie die Arbeit nieder. Am Freitag abends erfuhr der Bezirksleiter Kollege Humbrock in Rheine, daß der Arbeitgeberverband an das Einigungsaamt in Essen den Antrag gestellt habe, Borghorst und Rheine solle an den Tarif für das Industriegebiet angeschlossen werden. In Rheine sollten am Freitag in einer zu diesem Zweck einberufenen Versammlung Schritte beschlossen werden, um zur Anerkennung unserer dortigen Forderungen zu gelangen. Nachdem nun aber im letzten Augenblick sich die Situation durch den Antrag der Arbeitgeber geändert hatte, nahm man von weiteren Beschlüssen Abstand und erklärte sich in einer Resolution mit dem Anschluß einverstanden, beantragte außerdem, daß die Verhandlungen sobald wie möglich angelegt und zu denselben von der Lohnkommission vier Kollegen einzugehen würden. Der Zugang ist jedoch von beiden Orten fernzuhalten.

### Zimmerer.

In Baderborn hatten die Zimmerer ihren Meistern auch einen Antrag unterbreitet; derselbe wurde auch in fast allen Punkten seitens des dortigen Verbandes der Arbeitgeber angenommen. Die dortigen Kollegen haben mit diesem Abschluß wieder den Wert der Organisation erkannt. Sorgen dieselben nun dafür, daß das Zustandekommen auch erhalten bleibt, daß nicht wieder dieselbe Gleichgültigkeit eintritt, wie im vergangenen Jahre, und in diesem Jahre auch die Versammlungen besser beachtet werden.

In Lingen hatten die Zimmerer ebenso wie vorberungen gestellt, auch hier ist auf Friedlichem Wege eine Einigung zu stande gekommen und ein schöner Erfolg zu verzeichnen. Mögen man auch in Lingen das obige beherzigen, zumal die Kollegen noch in der Organisation so jung sind.

**Lindau (Bayern).** Vor ungefähr 14 Tagen hatten die Zimmerer den Unternehmern eine Lohnforderung unterbreitet. Die Unternehmer erklärten sich bereit, eine Lohnerhöhung von 3 Pfg. pro Stunde zu bezahlen, aber auf einen Mindestlohn wollten sie sich nicht einlassen. Hierauf wurde in einer kombinierten Versammlung beschlossen, eine Einigungserbringung anzustreben. Diese fand am 5. Mai statt. In dieser wurden 38 Pfg. Mindestlohn festgelegt. Bisher waren Löhne mit 30 und 32 Pfg. zu verzeichnen. Charakteristisch ist, daß trotzdem die Christdemokraten und die freien Zimmerer schon fast ein Jahrzehnt sich in Linderburg ihres Daseins erfreuen, noch nicht die mindeste Lohnauflösung angestrebt haben, sondern erst, als unsere Organisation kaum 14 Tage eingeführt war, fühlten sie sich stark genug dazu. Von den in Lindau organisierten Zimmerern ist ein Drittel bei uns organisiert. Kollegen von Lindau, die Vorteile der Organisation sind euch durch diesen Erfolg bewußt. Jetzt gilt es, das Errungene zu erhalten durch triftigen Ausbau der Organisation und durch unermüdliche Agitation.

### Bezirk Köln.

**Kalk** i. Köln, 4. Mai. Die Spurte über die chemischen Fabriken in Kalk ist aufgehoben, da die Fabrikleitung den Stundenlohn von 47 vorläufig auf 50 Pfg. erhöht hat, womit sich alle in Betracht kommenden Kollegen einverstanden erklären und folglich die Arbeit so einstimmig aufzunehmen, wie sie dieselbe auch eingestellt hatten.

### Bezirk Frankfurt a. M.

In Altenkirchen (Westfalen) stellten die Maurer im Januar Forderung auf 10-stündige Arbeitzeit und 42 Pfg. Stundenlohn. Seitdem stand der Lohn bei 11-stündiger Arbeitzeit auf 32 Pfg. Fremden Maurern zahlten die Unternehmer schon lange Zeit 40 und 42 Pfg. Eine statigfundierte Unterhandlung führte zu keinem Resultat. Vor allem wollten sich die Unternehmer auf Verkürzung der Arbeitszeit einlassen. 3 Pfg. Lohnherabsetzung haben sie einsetzen lassen, womit sie jedenfalls die Kollegen zu beschwichtigen glaubten. Die Kollegen drängten jedoch auf Verkürzung der Arbeitszeit und färbliche Festlegung. Da sich die Unternehmer auf keine Unterhandlung mehr einlassen, beklagten die Kollegen, zur Durchführung der Forderung über die Firma Becker die Spurte zu verhängen und reichten die Anklage ein. Deshalb ist Zugang fernzuhalten.

### Bezirk Posen.

**Katholische Fachabteilung in Posen als Streikbrecher.**

Dem Arbeitgeberbunde in Posen ist Heil widerfahren. Maurerpolizei Pozalla aus Schneidemühl, der viele Jahre in Berlin als Polier tätig war, ist Gründer der katholischen Fachabteilung für Maurer (Maurer) in Schneidemühl und jetzt auf dem Königlichen Schlossbau in Posen seit einigen Wochen als Polier angestellt. Um sich wohl bei seiner Firma besser einzuführen, erhielt Pozalla gleich nach Beginn der Auspezung eine Anzeige in der "Schneidemühl Zeitung", daß für den lgl. Schlossbau in Posen Maurer bei 50 Pfg. Stundenlohn gehucht werden, mit Angabe seiner Adresse. Es meldeten sich aber keine Maurer, und auch eine Reihe nach seiner Schneidemühl Heimat hatte keinen Erfolg. Mehr Erfolg hatte aber ein Schreiber in Köln Berlin, und Pozalla erhielt mehrere Mitglieder der katholischen Fachabteilung in der vergangenen Woche als Streikbrecher zugesandt, die auch die Arbeit am lgl. Schlossbau aufnahmen. Auch russische Rückwanderer sind angelommen und haben die Arbeit aufgenommen, welche in einer auf dem Bauplatz hergerichteten Baracke wohnen und schlafen. Pozalla steht in reger Verbindung mit Berlin und ist zu erwarten, daß noch mehr Streikbrecher von der bekannten Berliner Firma geliefert werden. Der bekannte Schreiter in Bremen von den katholischen Fachabteilungen hat nach einer Stadt in Schlesien, wo die Kollegen (Maurer) mit den Arbeitgebern in Verhandlung stehen, um einen Vertrag zu schließen, den Arbeitgeber wiederholt sich erboten, im Falle eines Streites oder Auspezung geangestrebte arbeitswillige Maurer vor auswärts zur Verfügung stellen zu können. Die Arbeitgeber scheinen aber zu ahnen, was für Maurer (?) das sind. Sie sollen bei dem Preis dieser Opfer gezeigt haben, für solche Maurer danken sie, die müssen erst noch einmal anstrengen zu leben. Und religiösen Streit wollen sie nicht auf ihren Bauten führen. Über auch in Schneidemühl möchten sie Streikbrecher und erboten sich, in Thorn und in Marienwerder — in letzter Zeit soll es noch erst zur Sozialbewegung kommen — zu Streikbrechertrieben. Ja, ja, eine neue Streikbrecherkompanie unter den Generalagenten Baumgärtner, Fleischer, Journele und die katholischen Fachabteilungen, Vermittlungsbureau Berlin!

**Bezirk Posen.** Zur Auspezung bez. Streik in Posen ist ampfiehlt an den Bericht in Nr. 17 der "Baugewerkschaft" weiter mitzuteilen, daß 33 Arbeitgeber die Forderungen 52 Pfg. in diesen und 55 Pfg. Stundenlohn im nächsten Jahre zu zahlen, unterschifft und unterschrieben. Unter diesen Arbeitgebern befindet sich eine der größten Firmen, Baumleiter, Czyska, die dem Arbeitgeberbunde angehört. Zu den neuen Bedingungen verbunden insgesamt 196 Kollegen. Nur täglich Kontrolle deten sich 487, davon gehören unserem Verbande 69, dem Maerverbande 364 und dem Hirsch-Dientricher Gewerbeverein 54 Mitglieder an. Zu Streikbrechern sind bis jetzt von den Kollegen 39 geworden, davon gehörten 16 unserem Verbande 2, dem Maurer-Verbande 28 und dem Hirsch-Dientricher Gewerbeverein 11 als Mitglieder an. Der Kollegen ist derselbe geblieben, dieses beweist die Zahl, die zu Streikbrechern geworden sind, gegenüber den Kollegen, denen Streikarten ausgestellt worden sind. Den Arbeitgebern ist es trotz aller Mühe nicht gelungen, einen großen Trupp Arbeitswillige zu erhalten; auch die in Nr. 17 der "Baugewerkschaft" gemeldeten Italiener sind nicht eingetroffen, für aber einige Mitglieder der katholischen Fachabteilungen Berlin gekommen. (Während darüber in einer anderen Hauptschrift Notiz.) Auch vom politischen Berufsverbande 15 Streikbrecher aus gleichen angekommen und haben die die aufgenommen. Bei dem Gitterfest dieser Streikbrecher am April kam es zu größeren Menschenansammlungen und Ausschreitungen, und wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Wie so häufig, findet nicht die Maurer, sondern Personen, mit der Auspezung gar nichts zu tun haben, es geweckt die Aufmerksamkeit machen, denn kein Kollege von uns verbande hat sich unter den sichteten Personen befunden, glauben wir auch annehmen zu können, daß von den anderen Verbänden dasselbe der Fall ist. Wir verurteilen dennoch beratige Fälle, wenn sich unsere Mitglieder etwa beteiligt haben sollten, ohne daß es der Zeitung bekannt worden ist. Verbessert wird die Lage der Auspezten dadurch nicht. Aber für das uns gesetzlich zustehende Recht. Streikpunkt stehen, haben bis jetzt zehn Kollegen Strafmandate ab M. erhalten, wo bei allen gerichtliche Entscheidung besteht. Wie sollte Strafmandate zustande kommen, beweist der Strafstatist in den Strafmandaten selbst. Da heißt es in allen zehn Fällen: Sie haben in der Bahnhofstrasse (in einer anderen Straße) um ... Uhr in der ... auf Bürgersteige gestanden, daß der Fußgänger verletzt wurde. Das ist nun die strafbare Tat, als ob nicht auch andere Personen auf der Straße stehen bleibten und die Passanten um Hilfe herumgehen müssen, oder wenn Damen der besseren Gesellschaft zu zweien oder vier in einer Reihe auf den Straßen auf- und abgehen. Kein Schuhmann fordert dieselben auf, weil er oder seine Nachbarzugehörigen. — Verhandlungen mit den Arbeitgebern haben inzwischen nicht stattgefunden, jedoch erschien mächtig bei den Arbeitgebern, und wenn es nicht die Sache sein würde, die sie zurückhält, so wäre schon längst eine Einigung erzielt. Zu Dienstag, den 8. sind seitens des Gewerbevereins die Parteien unter Strafanwendung bei Märschen geladen.

**Bezirk Oberhausen.** **Dindlagen.** Nachdem hier im Laufe des Winters Forderungen gestellt worden, schlossen sich die Arbeitgeber dem Bündnis an, und so wurde in einer Sitzung am 20. April 1908 in Dindlagen unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Wiedfeld der Vertrag ausgedehnt auf Dinslaken, Hinsfeld und Umgelände. Der Stundenlohn beträgt hier ab 1. August 50 Pfg. ab 1. April 1907 53 Pfg.; die Arbeitszeit dieses Jahr 10½, nächstes Jahr 10 Stunden. Das ist eine Lohnherabsetzung von 6–7 Pfg. Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde.

**Dortmund.** Nachdem hier im Laufe des Winters Forderungen gestellt worden, schlossen sich die Arbeitgeber dem Bündnis an, und so wurde in einer Sitzung am 20. April 1908 in Dortmund unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Wiedfeld der Vertrag ausgedehnt auf Dinslaken, Hinsfeld und Umgelände. Der Stundenlohn beträgt hier ab 1. August 50 Pfg. ab 1. April 1907 53 Pfg.; die Arbeitszeit dieses Jahr 10½, nächstes Jahr 10 Stunden. Das ist eine Lohnherabsetzung von 6 Pfg. pro Stunde.

**Hördt.** Hier hat sich die Situation etwas geändert; Arbeitgeber geben bekannt, daß sie den Lohn annähernd festlegen, wie in W. Glabach; wollen aber keinen Vertrag festlegen. Es liegt also jetzt an den Kollegen, zur gegebenen Zeit Unternehmern dort zu zeigen, daß alles organisiert ist. Wenn in die Organisation, dann werden die Unternehmer einen Vertrag festlegen.

**Briesen.** Hier konnte man sich beim Streiken der Forderung nicht einigen. Die Genossen forderten 55 Pfg. und Kollegen 50 Pfg. In einer Sitzung gingen unsere Kollegen auf 51 Pfg., aber die "Freien" wollten sich nicht einzigen und reichten ihre Forderungen allein ein, selbstredend mußten uns Kollegen dann auch einreichen! Die Genossen waren jetzt auf der Handlung zweimal allein eingeladen, einmal unsere Kommission; ob dieses so zu einem Resultat kommt? Über Christlichen hier dadurch aufzufassen, geht nicht, sondern immer vorwärts geht's bei unseren Kollegen.

**Briesen.** Hier konnte man sich beim Streiken der Forderung nicht einigen. Die Genossen forderten 55 Pfg. und Kollegen 50 Pfg. In einer Sitzung gingen unsere Kollegen auf 51 Pfg., aber die "Freien" wollten sich nicht einzigen und reichten ihre Forderungen allein ein, selbstredend mußten uns Kollegen dann auch einreichen! Die Genossen waren jetzt auf der Handlung zweimal allein eingeladen, einmal unsere Kommission; ob dieses so zu einem Resultat kommt? Über Christlichen hier dadurch aufzufassen, geht nicht, sondern immer vorwärts geht's bei unseren Kollegen.

**In Briesen** haben sich die Arbeitgeber nachdem wir drei Verhandlungen uns nicht einigen, dem Arbeitgeberbunde angeschlossen, und soll nun die Sozialfrage ebenfalls vom Bund geregelt werden.

## Verbandsnachrichten.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommissare sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.

### Konferenz der Frankfurter.

**Dortmund.** Am 22. April fand im christlichen Geschäftshaus die vom Agitationskomitee der Stoffabreite eine eigene Konferenz statt. Anwesend waren vom Zentralvorstand College Wiedenberg und 21 Delegierte, welche eine Mitgliederzahl von zirka 1150 vertraten. Auf der Tagung wurden folgende Punkte zur Verhandlung: 1. Bericht des Zentralvorstandes; 2. Bericht des Vorsitzenden über die augenblicklichen Stand der Filialen; 3. Stellungnahme zu der vom Zentralvorstand beschlossenen Neorganisations in unserem Verbande. 4. Bericht des Agitationskomitees eröffnet. Den Vorsitz führt College Hänschen-Essen, als Schriftführer wurde Kollege Schneider-Essen gewählt. In Punkt 1 berichtete jeder einzelne Delegierte über den augenblicklichen Stand der betreffenden Filialen. Wenn es auch noch im Zollhause ist, ob die Agitation erst richtig eingegriffen wird, so könnte man doch mit Betriebsjugend wahrscheinlich, wie die einzelnen Betriebe an Mitgliederzahl gewachsen sind. Der Stundenlohn der verschiedenen Filialen schwankt zwischen 60 und 70 Pfg. mit Ausnahme von München-Gladbach und Baderborn, wo ein Stundenlohn von 45 Pfennig gezahlt wird. An die hier gab Kollege Hänschen einen allgemeinen zusammenfassenden Bericht der Filialen und teilte das Ergebnis der Verhandlungen bei den letzten Sozialbewegungen der Stoffabreite mit. Erstaunlich war hier herauszuhören, wie fast alle Verhandlungen auf Friedlichem Wege geführter wurden, mit Ausnahme von Bonn, wo die Stoffabreite augenblicklich noch Streit stehen. Besonders wurde hierbei hervorgehoben, daß es in dieser Linie den christlichen Organisationen zu verdanken wäre, daß diese schönen Erfolge errungen wurden. Zu Punkt 2 gab Kollege Schneider den Bericht des Agitationskomitees aus diesem war zu entnehmen, wie durch die Einführung eines Arbeitsnachweises in unserem Verbande einem dringenden bedürftigen Abhilfe geschafft werden sei. Es sei uns hierdurch möglich, sämtliche arbeitslose Kollegen rasch und sicher aufzutragen, was besonders bei Streik von großer Bedeutung ist. Der Vorsitz erläuterte, daß die Arbeitgeber die Forderungen der Stoffabreite annehmen, was durch die Einführung eines Arbeitsnachweises in unserem Verbande einem dringenden bedür

Delegierte waren mit den Arbeiten des Agitationszugs zufrieden und ermunterten es zu weiteren emsigen Tätigkeiten. Zu Punkt 3 erhielt Kollege Hein-Häuschen das Wort. Er erläuterte etwa folgendes aus: Durch den Beschluss des Hauptstiftung eine Reorganisation in unserem Verbande vorzunehmen, die Stuttgarter nachteilig betroffen worden waren, da diese Kollegen Häuschen, der speziell für dieselben angefordert war, ein anderer Bezirk zugeordnet werden sollte, um eben ähnliche Berufe zu arbeiten. Da aber dieses von Kollegen nicht gut möglich sei, den Stuttgarter und zugleich in gleichem Maße zu dienen, so ginge das Bestreben dahin, den Kollegen Häuschen doch noch für zu bestimmen. Denn es ist doch nicht zu verhehlen, daß die Darstellung des Kollegen Häuschen die Organisation Stuttgarter einen großen Aufschwung genommen habe. Seit der letzten Konferenz in Hagen, wo doch bestimmt worden ist, Kollegen Häuschen nur für die Stuttgarter einzustellen, 6 neue Wahlstellen gegründet worden. Gestern, wo die Organisation der Stuttgarter im Wachstum eine wichtige Kraft nötig, und diese haben wir in der unseres Kollegen Häuschen gefunden. Sämtliche Kollegen mit den Ausführungen des Kollegen Hein einverstanden vertraten kurz die Ansichten ihrer Wahlstellen, die alle einen ausließen, daß Kollege Häuschen unter Umständen für die Stuttgarter freigesetzt bleiben müsse. Wieberg freiste die Ausführungen des Kollegen Hein bezüglich der einzelnen Delegierten und teilte der Konferenz mit, die den Centralvorstand veranlaßte, Maßnahmen zu treffen. Es soll durch diese Reorganisation einen vereinbarten und zusammenwirksamen Arbeits in den einzelnen Betriebsklassen erreicht werden. Dann hätten doch die Leute auf der letzten Generalversammlung beschlossen, einen Tarifvertrag zur Unterhaltung des Freigestellten zu entrichten, aber diesem Beschluß ist von den meisten Wahlstellen zugestimmt worden. Es sollte ja auch Kollege Häuschen Stuttgarter nicht entzogen werden, sondern in erster Linie den größeren Bewegungen für dieselben arbeiten. Diese Bewegungen Wieberg's wurde wieder durch Gegengruß der Konferenz entgegengesetzt. Es wurden nun noch von beiden verschiedenen Gründen angeführt, die für und gegen die beiden bestehenden Verhältnisse sprachen. Kollege Wieberg lud der Konferenz vor, daß Kollege Häuschen nach Hagen zu verlegen, aber doch vor allem für die Stuttgarter arbeiten sollte. Diese erklärte sich jedoch hiermit nicht einverstanden, seitdem Kollegen Häuschen selbst freizustellen besteht einen Betriebstag von 5 Pf. pro Woche zu entrichten. Diejenigen Wahlstellen, die jedoch jetzt schon diesen Entrichten haben, wird derselbe nicht erhöht werden. Wieberg versprach, diesen Beschluß bei dem Centralvorstand zu bestitzen, ermahnte aber die einzelnen Delegierten, für diesen Beschluß auch ihrerseits einzutreten, daß sie auch durchgeführt würde. Bei Punkt 4 wurden noch weitere innere Angelegenheiten im Beruf besprochen. Auch Kollegialität und Taktik der Genossen wurde von den einzelnen Delegierten scharf kritisiert und verurteilt, besonders das der Essener Genossen bei der Anstreicherbewegung. Gewerkschaftssekretär Bissel täglich angegriffen wurde. Ein kräftiges Schlusswort des Kollegen Wieberg, in dem allen Kollegen bringend ans Herz legte, reicht für die christliche Gewerkschaftsbewegung einzutreten, auf die mit frischen Hoffnungen in die Zukunft blicken könnten, die Konferenz von Kollegen Häuschen mit einem brauchbaren Aufschwung der christlichen Gewerkschaftsbewegung um 6 Uhr zu schließen.

#### Stuttgarter.

Kon. Unsere Wahlstelle macht erfreuliche Fortschritte. Die Leute zeigen ein sehr großes Interesse an der Sache. Versammlungen sind jedesmal gut besucht. Auf wirtschaftlichem Gebiet haben wir wieder einen guten Erfolg zu verzeichnen zwischen den Stuttgartern und dem Verein der Stud. Kölns bestehende Lohntarif lief am 1. April ab. Die Leute legten einen neuen Tarif vor, wonach für die volle Tagelohn gearbeitet werden sollte. Die Parteien kommen über diesen Punkt nicht einigen und brachen die Verhandlungen ab. Beide Parteien leisteten dann aber am 27. der Einladung des Gewerberichtsratsitzenden zu einer Tagessitzung folge. Es wurde zunächst über die Tarife für die Folge nur im Tagelohn gearbeitet werden sowie über die Dauer der Arbeitszeit und die allgemeinen Bedingungen des Vertrages verhandelt und eine Einigung erzielt. Am 28. und 29. März verhandelten die Parteien über die Vollsäße, und es wurde auch hier handelangen Verhandlungen eine Einigung herbeigeführt. Parteien haben die Abmachungen anerkannt und gestern im Gewerberichtsrat festgelegt. Die wesentlichen Bestimmungen des Tarifs sind folgende:

1. Die Arbeitszeit dauert: a) für Stuttgarter und Fassadenarbeiter vom 1. März bis Ende Oktober von 7 bis 12 Uhr morgens mit einer halben Stunde Pause, von 2 bis 6 Uhr Pause; in der Zeit vom 1. November bis Ende Februar von 8 bis 12 Uhr morgens und von 12½ bis 5 Uhr mittags ohne Pause. b) für Werkstattarbeiter: 8½ Stunden, die Bestimmung des Anfangs und des Schlusses der Arbeitszeit soll jedem Geschäft überlassen bleiben.

2. Tagelohn bildet die Regel. Der Mindestlohn beträgt: für Stuttgarter und Fassadenarbeiter bis 1. April 1907 6,00 von da ab 6,25 Mk., für Werkstattarbeiter bis 1. April 6,50 Mk., von da ab 5,75 Mk. Vollsäße ist zulässig. Die Preise für Stuckarbeiten und Fassadenputz sind in dem besonders festgesetzt; es ist nicht zulässig, andere Preise zu erneutzen.

Bei Arbeiten außerhalb der militärischen Ringstraße wird Fahrgeld geahndet, für Arbeiten in Mülheim (Rhein), Kalk, Aachen und Düsseldorf erhalten die Gehilfen als Vergütung für die tägliche Rückfahrt möglich ist, wird das Fahrgeld und eine Vergütung von 1 Mk. gezahlt. Muß ausgewichen werden, so wird eine einmalige Hin- und Rückfahrt mit einer zusätzlichen Frist von 2,50 Mk. tägliche Frist und Wohnung vergütet. Dieser Zuschlag ist für Sonn- und feierliche Feiertage zu zahlen. Gegenständige Kündigung findet nicht statt.

Die Schlichtung der aus dem Arbeitsverhältnisse entstehenden Streitigkeiten, zur Vermeidung von Ausschlüssen und Ausschließungen wird eine Kommission von drei Arbeitnehmern und drei Arbeitgebern gebildet; wird in der Konkurrenz keine Einigung erzielt, so soll der Vorsitzende des Kreisgerichts als Obmann eingesetzt werden. Die Vereinbarung ist gültig bis zum 1. April 1908.

Nach einem eingehenden Referat des Bezirksausschusses über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Verhältnisse der Lohn- und Arbeitsverhältnisse folgende Resolution angenommen: Die heute im Saal zu Hamborn tagende christliche Stuttgarterversammlung hat mit den Ausführungen des Referenten, wie mit

dem vorgelegten Tarif voll und ganz einverstanden. Die Kollegen versprechen alle Kräfte einzugehen und geistliche Mittel in Anwendung zu bringen. Um dieses zu ermöglichen, verpflichten sich die Kollegen, alle Stuttgarter der christlichen Organisation zuzuführen.

#### Dachdecker.

Kon. i. W., 14. April. Über das Thema: "Warum organisieren wir uns und zwar in christlichen Gewerkschaften?" referierte in unserer heutigen Versammlung unser Bezirks-Vorsteher Häuscher. Der Kollege verstand es, sein Thema überzeugend vorzutragen. Die Notwendigkeit der Organisation, wie Grundlage auf dem Boden des Christentums, beweist er mit der Aussicht, nach wie bisher in unserem Verband zu agieren. Unsere Wahlstelle, die im November vorigen Jahres gegründet wurde, hat heute die "freie" Gruppe bereits überflügelt, obwohl sie anfangs viel stärker war, wie die unsre und mit allen Mitteln und Kräften uns für sich zu gewinnen suchte. Es ist nun das dritte Mal, daß der "freie" Verband gegründet worden ist, und voraussichtlich wird er auch das dritte Mal eingehen. Es scheint eben wenig Boden für sozialdemokratische Ideen vorhanden zu sein.

Athehd., 22. April. Auf Veranlassung unserer Gladbacher Kollegen stellten wir hier eine Dachdeckerversammlung ab. Nach einem freilichen Referat des Kartellvorstehenden, wie den sachlichen Ausführungen des Kollegen Gersten-Gladbach, traten 15 Dachdecker dem Verband bei. Jedermann ein schöner Erfolg. In den Vorstand wurden gewählt: W. Neinarz, Mühlentr. 19, Vorsitzender, W. Kenyhausen, Esserweg 3, Kassierer, Heinrich Betsch, Friedrich-Wilhelmstr. 37, Schriftführer. Kollege Gersten verbreitete sich dann am Schluss noch über die einzelnen geschäftlichen Sachen, worauf die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband endete.

#### Steinharbeiter.

Kon. der Pfalz. Wie bereits schon in Nr. 9 mitgeteilt wurde, haben am 16. Februar zwischen den Vertretern des Kreisverbands pfälzischer Bau-Unternehmer und den Vertretern der Pfälzer Steinharbeiter Unterhandlungen in Neustadt stattgefunden. Auf eine Eingabe der Kollegen unsererseits stand nochmals eine solche am 15. März in Kaiserslautern statt. Nach dreifachiger schwerer Diskussion, an der ein großer Teil Schulden der Gewerkschaft des sozialdemokratischen Steinharbeiter-Verbands durch seine tölpelhafte Taktik trifft, ist es doch zu folgendem Vertragsabschluß gekommen.

#### Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit regelt sich nach der Wimbergsatzverordnung vom 20. März 1902. (R.-G.-Bl. S. 78.) Überstunden werden mit 25 Proz. Zuschlag bezahlt.

#### 2. Akkordarbeit.

Alle sämtliche Arbeiten, welche im Akkord angefertigt werden, ist der Preis von dem Unternehmer so festzusetzen, daß ein vollleistungsfähiger Steinharbeiter einen Stundenlohn verdient, der den örtlichen Verhältnissen entspricht und jeweils von der zuständigen Ortslohnkommission der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart und für die ganze Dauer des Arbeitsvertrages garantiert wird.

Junggesellen und nicht vollleistungsfähige Arbeiter unterliegen der gegenseitigen Vereinbarung.

#### 3. Tagelohn.

In Orten, wo das Stundenlohnssystem besteht, kann dasselbe beibehalten werden. Tagelohnarbeiten werden bei Normalarbeitern mit dem nach § 2 vorgesehenen Stundenlohn bezahlt.

#### 4.

Bestimmungen, Werkzeuge und Auszahlung betreffend, werden den örtlichen Vereinbarungen überlassen.

#### 5. Kündigung.

Die gesetzliche Kündigung wird für beide Teile aufgehoben. Bereits abcordierte Arbeiten müssen jedoch vor dem Austritt fertiggestellt werden.

#### 6. Kündigung des Vertrages.

Dieser Vertrag gilt vom 1. April 1908 bis 1. April 1909 und wird stillschweigend auf ein weiteres Jahr laufend anerkannt, wenn am 1. November 1908 von keiner Seite eine Kündigung eingetauscht ist und so immer auf ein weiteres Jahr. Sollte eine Kündigung eintreten, so ist in den ersten 14 Tagen nach derselben eine Sitzung durch den Vorsitzenden des Kreisverbands bzw. dessen Stellvertreter unter Zugleichung von drei Vertretern der eingangs bezeichneten Arbeitnehmer-Organisationen einzuberufen.

#### 7.

Die Arbeitgeber werden angehalten, gemäß § 131 c Abs. 1 der R.-G.-O. die Lehrlinge zur Gesellenprüfung anzuhalten. Junggesellen, welche die Lehrbrief nicht beibringen, sind von dem Vertrag ausgeschlossen.

Streitigkeiten über den Vollzug oder Auslegung des Vertrages entscheidet jeweils die Ortskommission der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Dieser Vertrag wird in drei Exemplaren ausgefertigt und von den bevollmächtigten Vertretern der eingangs bezeichneten Korporationen unterschrieben.

Kreisverband Pfälzischer Baugewerke.

Der Centralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhelfsarbeiter.

Der Centralverband deutscher Steinharbeiter.

Die Kollegen mögen denken: "ein sonderbarer Vertrag", zumal keine Vollsäße eingeschlossen sind. Zur Ausklärung diene folgendes: Unser Bestreben ist wie überall, so auch in der Pfalz, das unselige Akkordwesen abzuschaffen und den Stundenlohn einzuführen. Schon im Jahre 1904 haben die Birkenfelder Kollegen eine derartige Forderung eingerichtet, da aber den Unternehmern im allgemeinen das Akkordssystem so gut gefällt, haben sich auch die Birkenfelder Herren um daselbe gewehrt. Sie haben unsere Eingabe dem Kreisverband überwiesen. Dieser hat einfach beschlossen: Akkord bleibt. Da die Konjunktur im vorigen Jahre keine günstige war und auch die Kollegen in der Pfalz so gleichgültig der Organisation gegenüberstanden, konnten wir einen Kampf nicht anstrengen. Als dann die Unternehmer in Birkenfeld einen Zuschlag im Akkord folgen ließen, ließen wir die Sache ruhen. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben; unser Verband hat sich im Laufe des Jahres in der Pfalz gut ausgedehnt, somit sind die Kollegen in Birkenfeld und an verschiedenen anderen Orten mit der selben Forderung (Abschaffung des Akkords und Einführung von Stundenlohn) an die Unternehmer herangetreten. Die Birkenfelder Unternehmer haben die Forderung wieder dem Kreisverband überwiesen. Dieser hat sich mit ersteren solidarisch erklärt, somit war diese Frage mit dem Kreisverband zu erledigen. Wohl aus Angst vor der Arbeiterschaft hat der Kreisverband nicht mehr kurzerhand einen Beschluß gefasst bezw. unsere Forderung abgelehnt, sondern zu Verhandlungen eingeladen. Das nun die Abstimmung des Akkordsystems, das bereits so alt ist wie die Steinharberei selbst, den Unternehmern sehr unangenehm ist, und leider unter den Steinhartern selbst noch viele gute Freunde hat, keine Rechtigkeit ist, wird jedem klar sein. Da nun bei Arbeitgebern und Arbeitern der Gedanke vorliegt, möglichst friedlich zum Ziel zu gelangen, mußten beide Teile etwas von ihrem Standpunkt abtreten, somit hat man sich geeinigt auf einen garantierten Stundenlohn bei Akkord. Die Vorteile des Vertrages sind nun folgende: 1. ist

die Frage des Arbeitssystems auf drei Jahre gelöst; 2. können wir in diesen drei Jahren die Lohn-Verhältnisse der Kollegen auf Grund dieses Vertrags mit den Unternehmern-Ortsgruppen regeln, wenn nicht friedlich, dann auf eine andere Art, im Falle sie erstere nicht vorziehen sollten; 3. ist dieser Vertrag ein bedeutender Schritt vorwärts zum Stundenlohn. Denn von garantierten Stundenlohn bei Akkord zum eigentlichen Stundenlohn ist nicht mehr weit; 4. können wir in diesen drei Jahren unsere Organisation ausbauen und noch viele uns fernstehende Kollegen gewinnen. Mögen nun die Kollegen hieraus ihre Befrei ziehen, möge jeder an dem Nutzen unseres Verbundes sowie in der Agitation mitarbeiten, so viel in seinen Kräften steht, damit wir nach drei Jahren den Stundenlohn allgemein für die Pfalz einführen können und dieser Vertrag umgestaltet zu einem Tarif-Vertrag für das ganze pfälzische Steinharzgewerbe.

#### Maurer.

Kon. 22. April. (Territoriums, Bergewaltung und Gewalttätigkeit) ist jetzt auch bei den Lachener Genossen an der Tagesordnung. Die Weitheit dieser Leute geht über alle Grenzen. Das hat eine am Samstag abend im Lokale Horstmeyer (Eisbachsteinstraße) stattgehabte öffentliche Versammlung der sozialdemokratischen Bauarbeiter bewiesen. Die Versammlung war einberufen vom sozialdemokratischen Bau-, Erd- und Hilfsarbeiterverband mit der Tagsordnung: 1. Wie stellen wir uns zu dem von den Unternehmern der christlichen Organisation vorgelegten Tarif? 2. Freie Aussprache. Das Thema deutete schon darauf hin, daß man nach Genossenarbeit der christlichen Organisation am Heute wollen wollte. Und so waren auch einige christlich organisierte Arbeiter zu der Versammlung erschienen, die von etwa 50 Leuten besucht war.

Bekanntlich hat der Centralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhelfsarbeiter Deutschlands mit den hiesigen Arbeitgebern zum erstenmal einen Tarif abgeschlossen, der zwar nicht vollauf befriedigt, aber doch ansehnliche Verbesserungen für die Bauarbeiter bringt. Der sozialdemokratische Verband sucht, weil er als Organisation nicht an dem Tarif beteiligt ist, diese Verbesserungen zu verleihern und die Arbeiter zu berheben, obwohl er in der Zeit seines bestehens statt für die Arbeiter etwas zu tun, nur seine Ohnmacht bewiesen hat. Die Versammlung wurde eröffnet durch Herrn Feinhals, der nicht einmal Arbeitnehmer ist, aber sich augenscheinlich bei der Textilarbeiterbewegung durch Verherrlung und Erpressung der Arbeiter besonders hervortut. Seine einleitende Rede lehrt denn auch eine große Unkenntnis der Bauarbeiterbewegung erkennen. Sein "Referat" war schon danach, und zur Vorsicht hatte man Honrat noch in Reserve gehalten. Die Machinationen gingen dahin, daß die ersten Diskussionsredner sich in Provozierungen der christlich organisierten Arbeiter ergingen und sie aufforderten, sich zum Wort zu melden, während man sie der Feigheit zeihen müsse.

Daraufhin stellte der Führer der christlichen Organisation, Kollege Bücher, in sachlicher Weise die Ausführungen der Genossen ins rechte Licht, und wies an Beispiele nach, wie der sozialdemokratische Maurer-Verband und andere sozialdemokratische Verbände in anderen Städten, nur um die christliche Organisation zu belämmern und zu unterdrücken, mit den Arbeitgebern verbündet und Vertrag an den Arbeitertarif geschlossen haben. In den Orten, wo man allein übt und zu sagen hat, muß oft ein ganzer Pfennig als großer Erfolg gelten. Hier in Lachen aber, wo zum ersten Male unter schwierigen Verhältnissen eine ansehnliche Verbesserung erreicht wurde, gerieten sich die Genossen recht radikal, um in den Augen der Arbeiter als die besseren Vertreter ihrer Interessen zu erscheinen. Der blinde Fanatismus und die Verbissenheit der Genossen erzeugten leidenschaftliche Zwischenfälle und Unterbrechungen während dieser Aussführungen.

Sofort meldete sich darauf der bis dahin im Hintergrunde gekallte "Professor" Honrat zum Wort. Seine selbstgerühmte "Sachlichkeit" bestand zunächst in persönlichen Antempelungen und Verunglimpfungen des Herrn Bücher. Nach Genossenart erging er sich in weitreichigen Aussführungen, nur nicht zur eigentlichen Sache. Auch sämtliche nachfolgenden Diskussionsredner bemühten sich eifrig, Kollege Bücher herunterzutreiben und die christliche Organisation in Grund und Boden zu stampfen, nach belämmerten Plänen die christlichen Führer vor den Anschlag zu treten und den Mitgliedern zu schmeicheln. Ein Genosse Bücher ging so weit, zu verlangen, daß Kollege Bücher während seiner Aussführungen ihm nicht nur aufmerksam zu hören, sondern ihn auch anzuhören müsse. Als Kollege Bücher um das Wort zur Geschäftsordnung bat, um sich solche Antempelung zu verbitten, griff ein hinter ihm stehender Genosse ihn lächelnd an und riss ihn rücklings nieder. Er hat den anwesenden Polizeibeamten, den Namen jenes Honrates festzustellen, und wurde nun von Seiten der Genossen, besonders auch vom Leiter der Versammlung, Genosse Feinhals, mit Vorsichtsmaßnahmen bedacht und als Sündenfall der Versammlung hingestellt.

Trotz des Schönen kam noch nach. Die Stille der Versammlung war vorbei, da verlas Genosse Feinhals eine gegen die christliche Organisation gerichtete Resolution. Vor der Abstimmung gegen die Resolution zu sprechen, wurde Bücher schlichtlos verweigert. Die Versammlung stimmte in ihrer Mehrheit für die Resolution. Auch Binnermann, Vorsitzender der christlichen Steinharbeiter, der sich schon in der Diskussion schriftlich zum Wort gemeldet hatte, wurde dazu nicht zugelassen. So wird die freie Aussprache bei den Genossen gehandhabt. Schlichtlos reißt man den Gegner persönlich herunter und läßt ihm kein Wort, sich zu rechtfertigen. Solche Vergevollständigungen müssen sich die treulichen Arbeiter von der Firma Feinhals und Genossen bieten lassen. Doch der Fanatismus und die Eitelkeit der Genossen gingen noch weiter: Als Kollege Bücher beim Verlassen des Lokals polizeilichen Schutz erhielt, versetzten die Genossen in Stärke von 15 bis 20 Mann die Begleitung des Polizeibeamten hinaus. Die Arbeiter. Auf der Straße gingen die Genossen zu Tüchtigkeiten über – und misshandelten den christl. Führer, so daß der Polizeibeamte zu seinem Schutz blau ziehen mußte. Das Gebaren jener Genossen war derart, daß weitere polizeiliche Hilfe gerufen werden mußte. Daß Strafantrag gegen jene tüchtigen Gewerkschaftler-Genossen und Anstandsmenschen gestellt wurde, ist selbstverständlich. Angeklagts solcher Vorgänge sollten sich doch alle vernünftig denkenden Arbeiter fragen, ob mit derartigen anstands- und gefühllosen Elementen die allgemeinen Interessen der Arbeiter gewahrt und vertreten werden können. Sie sollten sich fragen, ob sie fernthalb den Führern derartiger Heiter und Gewaltmenschlichen ihre Interessen noch anvertrauen können. Soll sich die christliche Arbeiterschaft solche Gewalttätigkeiten gegen ihre Führer gestatten lassen?! Es ist die höchste Zeit, daß alle bekannten Arbeiter energisch Front machen gegen diesen verderbenden Geist der "freien" Gewerkschaften und ihrer Führer. Solche Vorgänge müssen die christliche Arbeiterschaft aufmüppeln und zur Einsicht bringen, daß nur ein kräftiges Eintreten und Fördern der christlichen Gewerkschaften hier Abhilfe schaffen kann. Maßnahmen aber sollen derartige Gewaltakte die christlichen Gewerkschaftler, wenn auch noch so verdeckte Diskussionen über die aktuellen Tagesfragen angeblich zur Verhandlung stehen, die Versammlungen der sozialdemokratischen Verbände für alle Zukunft zu vermeiden!

**Werkstoff.** Werte Kollegen! Wenn wir uns die Entwicklung unserer Wahlstelle in diesem Frühjahr betrachten, so können wir sagen, wir haben gegen das vorige, was die Mitgliedszahl anbetrifft, einen guten Fortschritt gemacht. Aber etwas fällt auf und dieses ist der Versammlungsbesuch. Kollegen, auch daran müssen wir uns gewöhnen, in keiner Versammlung zu fehlen. In den Versammlungen sollen die Kollegen

